



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

4.2	Entsenden eines Referenten/ einer Referentin der BGV in den SGI am 27. September 2018 Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE-Fraktion Drucksache: 20-6005	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Im Zuge der „Evaluation und Änderung des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes“ soll die Wohn-Pflege-Aufsicht neu geregelt werden. Über den Gesetzentwurf wurde am 9. November 2017 im SGI diskutiert. Der damals von der BGV entsandte Referent konnte angesichts des damaligen Beratungsstandes keine Aussage über die inhaltliche Ausgestaltung der Wohn-Pflege-Aufsicht geben. Inzwischen liegt der Gesetzentwurf der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vor, so dass konkrete Aussagen - insbesondere auch zu den zu erwartenden Auswirkungen der Gesetzesänderung auf die Aufgaben der WPA Hamburg-Nord sowie auf die Ausgestaltung der Prüfverfahren, insbesondere mit Bezug auf die zu prüfenden Einrichtungen in Hamburg-Nord - nun möglich sein sollten. Daher wird um das erneute Entsenden eines Referenten gebeten.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der HA möge beschließen: die BGV wird gebeten, in den SGI am 27. September 2018 eine*n sachkundige*n Referent*in zu entsenden. Die Referentin bzw. der Referent soll über die geplanten Neuregelung der Wohn-Pflege-Aufsicht berichten.

Für die SPD-Fraktion
GRÜNEN

Thomas Domres
Dr. Alice Otto

Für die Fraktion Bündnis 90/ DIE

Michael Werner-Boelz
Tanja Schmedt auf der Günne

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

5.2	Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-5932	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der SiB-Club e.V. will ein bestehendes Sportangebot für geflüchtete Kinder weiter führen.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 7.812 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der Antrag entspricht den Vorgaben des Fonds. Der Träger hat bereits mehrfach gute Projekte durchgeführt. Aktuell handelt es sich um eine Weiterführung laufender Projekte.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Yvonne Nische

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

5.3	Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit 2018 Hier: Antrag des Vereins Langenhorn Mitte e.V. Drucksache: 20-5325	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Verein Langenhorn Mitte e.V. beantragt € 7.500,- aus dem Quartiersfonds 2018. Der Verein ist nach der RISE-Fördgerung des Gebietes Langenhorn Markt aus einem Zusammenschluss von Gewerbetreibenden hervorgegangen. Der Verein plant verschiedene Aktionen am Langenhorn Markt, um den Standort weiterhin attraktiv zu halten. Weitere Einzelheiten können dem beiliegenden Antrag entnommen werden.

Das Bezirksamt hat den Zusammenschluss aktiv gefördert und begrüßt die Aktivitäten des Vereins.

Im Quartiersfonds stehen noch ca. € 291.000,- zur Verfügung (s. Anlage). Diese müssen projektbezogen bei der Finanzbehörde abgerufen werden.

Bei einem positiven Votum der Bezirksversammlung/des Hauptausschusses wird das Bezirksamt einen entsprechenden Antrag bei der Finanzbehörde stellen. Ein solcher Beschluss ist Voraussetzung für die Freigabe durch die Finanzbehörde.

Petition/Beschluss:

Es wird um Kenntnisnahme und Zustimmung gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

5.4	Quartiersfonds 2018 Hier: Mittel für den Verein Kulturmix in Langenhorn e.V. Drucksache: 20-5967	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Verein Kulturmix in Langenhorn e.V. führt seit vielen Jahren kulturelle Veranstaltungen im LaLi Kulturhaus an der Tangenstedter Landstr. durch.

Bisher hat der Verein ausschließlich Projektgelder für einzelne Veranstaltungen beim Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beantragt; diese aber häufig nicht oder nur teilweise in Anspruch genommen, weil Einnahmen erzielt wurden und sehr gut gewirtschaftet wird. Der Verein betreibt das gesamte Kulturprogramm bisher rein ehrenamtlich.

Vor einigen Monaten hat sich der Verein rat- und hilfesuchend an das Bezirksamt gewandt, weil einige Hauptakteure des Vereins altersbedingt nicht mehr in der Lage sind das bisherige hohe Engagement in dieser Form weiterzuführen. Im Verein und dessen Umfeld gibt es hierfür keine Personen, die an diese Stelle treten könnten. Es drohte letztlich das Aus für diesen kulturellen Ort im Bezirk.

Das Bezirksamt hat daraufhin intensive Gespräche mit dem Verein geführt und eine Beratung durch das ELLA Kulturhaus vermittelt. Ergebnis dieser Beratung ist, dass der Verein ein Konzept entwickelt hat, das einerseits eine Honorarkraft für die Veranstaltungsorganisation im Vorfeld vorsieht und andererseits die Durchführung der Veranstaltungen weiterhin in der Verantwortung der Ehrenamtlichen belässt.

Für die Honorarkraft beantragt der Verein € 1500,- für 2018 (s. Anlage). In dem Antrag hat der Verein fälschlicherweise den 1.9.2018 als Beginn-Datum angegeben. Starttermin ist aber der 1.10.2018.

Im Quartiersfonds stehen noch knapp € 198.000,- zur Verfügung (s. Anlage).

Der Antrag wird seitens des Bezirksamtes befürwortet.

Petitem/Beschluss:

Der Hauptausschuss wird um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

5.5	Antrag auf Mittel aus dem Quartiersfonds 2018	ungeändert beschlossen
	Hier: Mietkostenübernahme für größere Räume von	
	Globus vom Träger basis & woge, Beratungsstelle	
	zur Interkulturellen Öffnung im Dulsberg in Höhe	
	von 12.000€ p. Jahr	
	Drucksache: 20-5976	

Sachverhalt:

Das Projekt Globus des Trägers basis & woge e.V. wird seit ca. 1998 aus dem Titel „Zuschüsse an Stadtteilbüros“ des Bezirksamtes Hamburg-Nord neben dem Stadtteilbüro selbst und dem Nachbarschaftstreff in Dulsberg finanziert. Diese Mittel sind schon seit einigen Jahren nicht mehr auskömmlich, um alle drei Dulsberger Projekte zu finanzieren. Daher gibt es bereits unterstützende Finanzierungen aus dem Quartiersfonds für den Nachbarschaftstreff und für Globus (für Honorare und die afrikanische Sozialberatung). Aktuell zeigt sich vor Ort, dass Globus so erfolgreich in der Unterstützung der verschiedenen Communities ist, dass die vielen Gruppen kaum noch Platz finden in den sehr begrenzten Räumen (ca. 60 qm) der Beratungsstelle. Im Rahmen des RISE-Kontext „Städtebaulicher Denkmalschutz“ hat SR zusammen mit SL und mit Unterstützung der BSW, das Thema „Interkulturelle Öffnung“ sowie das Thema „Räumlichkeiten für die Communities“ daher in den Fokus genommen.

Ein Gutachten zur Raumsituation im Dulsberg ist in Auftrag gegeben und wird voraussichtlich im nächsten Jahr detailliert dazu Stellung nehmen, welche Raumkapazitäten es im Dulsberg gibt und auf welche Hindernisse und Hürden vor allem migrantische Communities treffen. U.a. können diese die Mietkosten für Räume nicht aufbringen, da die Vereine ehrenamtlich organisiert sind und kaum Einnahmen generieren. Das Bezirksamt geht davon aus, dass durch das Gutachten und nachfolgende Maßnahmen ggf. weitere Raumkapazitäten eröffnet werden können, diese aber in keinem Fall für die Bedarfe von Globus ausreichen.

Zum Teil kommt es in den Räumen von Globus schon zu strittigen Auseinandersetzungen um die Räume, obwohl Globus bereits auch Räumlichkeiten des Trägers basis & woge „ambulante Hilfen“ in der Nachbarschaft nutzt. Diese Räume können jedoch nur am Wochenende genutzt werden und reichen als Entlastung nicht aus.

Aus Sicht des Bezirksamtes arbeitet der Träger Globus sehr erfolgreich. Interkulturelle Veranstaltungen wie der „Award der African German Network Association“ von AGNA e.V. mit über 500 Gästen und viele andere interkulturelle Projekte werden von Globus befördert. Die ehrenamtlichen Aktivitäten der Communities werden sichtbar und der Austausch mit der sog. Herkunftsgesellschaft wird durch die Projekte und Aktivitäten der Communities

intensiviert. Es ist inzwischen gelungen, dass auch Vertreter der Communities im Stadteirat vertreten sind. Das Projekt Globus ist Vorreiter beim Thema „Interkulturelle Öffnung“ und ein überaus verlässlicher Partner in der Stadtteilentwicklung in Dulsberg für das Bezirksamt.

Das Bezirksamt schlägt daher vor, dem Träger basis & woge Mittel aus dem Quartiersfonds Bezirkliche Stadteilarbeit in Höhe von bis zu 12.000 € pro Jahr zur Verfügung zu stellen, damit dieser größere Räumlichkeiten für das Projekt Globus anmieten kann, um die angespannte Raumsituation zu entschärfen.

Der Träger hat noch keine Suchaktivitäten entfaltet oder Mietangebote vorliegen. Das Bezirksamt möchte aber mit dieser Drs. einen Rahmen abstecken und dem Träger damit eine finanzielle Sicherheit geben, bevor von diesem Zeit und Ressourcen in eine Raumsuche investiert werden.

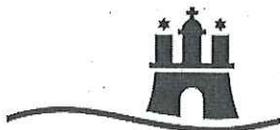
Im Quartiersfonds stehen aktuell noch knapp € 198.000,- zur Verfügung (s. Anlage).

Petition/Beschluss:

Kenntnisnahme und Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Vorgehen

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018**

Öffentlich

5.7	Quartiersfonds 2018 Hier: Zinnschmelze und Wartungskosten Drucksache: 20-6006	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Verein Zinnschmelze Barmbeker Verein Kultur u. Arbeit e.V. beantragt € 12.000,- aus dem Quartiersfonds. Hintergrund sind die stark angestiegenen Wartungs- und Betriebskosten nach dem Umbau und der Erweiterung der Zinnschmelze. Zu näheren Einzelheiten wird auf den anliegenden Antrag verwiesen.

Im Quartiersfonds stehen noch knapp € 198.000,- zur Verfügung (s. Anlage zur Drs. Kulturmix Langenhorn). Hierin sind die parallel eingereichten Anträge noch nicht berücksichtigt (Kulturmix Langenhorn, Globus, Langenhorn Mitte e.V.). Diese haben zusammen ein Volumen von € 19.000,-, so dass auch bei Bewilligung noch ausreichend Mittel für die Zinnschmelze vorhanden sind.

Der Antrag wird seitens des Bezirksamtes befürwortet. Im Zuge der Beratungen zum Quartiersfonds 2019 wird das Bezirksamt diese Entwicklung berücksichtigen und einen Finanzierungsvorschlag machen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss wird um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

7.1	StadtRAD in Langenhorn ausbauen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-5979	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 20.08.18 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages von SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung wird gebeten, die zuständige Behörde um eine Prüfung zu bitten, ob an folgenden Stellen weitere StadtRAD-Stationen eingerichtet werden können:

- U Langenhorn-Nord
- U Kiwittdamm
- U Ochsenzoll
- Klinikum-Nord Ochsenzoll
- Klinikum Nord-Heidberg
- Gewerbegebiet Oehleckerring
- Gewerbegebiet Essener Straße/Essener Bogen
- Gewerbegebiet Tarpen/Valvo Park

In Gewerbegebieten und nahe großen Unternehmensstandorten gelegene Stationen sollen dabei bevorzugt in Kooperation mit ansässigen Unternehmen realisiert werden. Hierfür sollte deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit abgefragt werden.“

Begründung:

Das Fahrradleihsystem StadtRAD ist bei den Hamburgerinnen und Hamburgern ausgesprochen beliebt und hat im deutschlandweiten Vergleich die höchsten Nutzerzahlen. Das hat seinen Grund: StadtRÄDER sind eine gute, günstige und umweltfreundliche Möglichkeit, sich im Stadtraum zügig und flexibel zu bewegen.

Der Vertrag mit dem Betreiber DB Connect wird über das Jahr 2018 hinaus fortgesetzt. Hamburg verfolgt das Ziel, das Angebot ab 2019 erneut auszuweiten und im Stadtgebiet mehr StadtRAD-Stationen einzurichten. Die Bevölkerung wurde eingeladen, hierzu Vorschläge zu machen. Die entsprechende Umfrage wird derzeit ausgewertet.

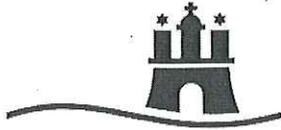
Insbesondere in den weniger dicht besiedelten Stadtteilen gibt es noch erhebliche Lücken im Angebotsnetz. Auf den Bezirk Hamburg-Nord heruntergebrochen betrifft dies vor allem große Teile von Langenhorn. Hier, an einem spürbar wachsenden Wohn- und Gewerbestandort, ist es Zeit, brachliegende Potenziale zu nutzen und mit zusätzlichen Stationen die vielfältigen, gut für (Gelegenheits-)Radfahrer nutzbaren Wegebeziehungen noch attraktiver zu machen.

Dabei sollen in Gewerbegebieten und nahe großen Unternehmensstandorten geeignete Stationen bevorzugt in Kooperation mit ansässigen Unternehmen realisiert werden. Oftmals haben diese nämlich ein hohes Eigeninteresse an umweltfreundlicher und flexibler Mobilität für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Besucherinnen und Besucher. So hat das Unternehmen Philips eine Station an seinem Standort in Ohlsdorf finanziert. In Bramfeld erhielt die OTTO Group auf diesem Wege eine StadtRAD-Station.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

7.2	RISE-Fördergebiet Städtebaulicher Denkmalschutz Dulsberg	ungeändert beschlossen
	Hier: Integriertes Entwicklungskonzept Dulsberg	
	Beschlussempfehlung des	
	Stadtentwicklungsausschusses	
	Drucksache: 20-5996	

Hintergrund

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23.08.2018 mit dem o.g. Thema befasst, das Integrierte Entwicklungskonzept Dulsberg zur Kenntnis genommen und empfiehlt der Bezirksversammlung einstimmig den Beschluss:

„Ende 2009 wurde das Fördergebiet „Dulsberg“ in das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) im Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz aufgenommen. Die Förderung in diesem Programm ist grundsätzlich auf baukulturell und denkmalpflegerisch bedeutsame Stadtgebiete ausgerichtet.

Die Laufzeit der Hauptförderphase war bis Ende 2017 vorgesehen. Im Rahmen der Abschlussbilanzierung im Jahr 2017 wurde festgestellt, dass sowohl im Hochbau als auch im öffentlichen Raum zwar einige, jedoch nicht alle Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Als Ergebnis der Bilanzierung wurde daher am 18.12.2017 eine Verlängerung der Hauptförderphase bis Ende 2024 durch den Leitungsausschuss Programmsteuerung (LAP) beschlossen. Mit der Entscheidung den Gebietsentwicklungsprozess im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) fortzuführen, war der Auftrag verbunden, das bestehende Entwicklungskonzept zu einem Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) gemäß RISE zu qualifizieren. Dies ist 2018 erfolgt.

Das vorliegende IEK Dulsberg wurde auf aktuelle Schwerpunkte und die Entwicklung des Dulsbergs abgestimmt. Es bildet den rechtlichen Rahmen bis 2024 für Planungen und bauliche Maßnahmen im öffentlichen Raum und zeigt Ziele und Handlungsfelder nach RISE auf, die für den Gebietsentwicklungsprozess maßgeblich sind.

Die Erarbeitung des IEK Dulsberg erfolgte in Abstimmung mit dem Stadtteilrat in öffentlichen Sitzungen und weiteren Akteuren. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ist erfolgt, die Anmerkungen waren generell zustimmend und wurden eingearbeitet. Der Kostenrahmen der aus den Handlungsfeldern abgeleiteten Maßnahmen ist im Zeit-Maßnahme-Kosten-Plan (ZMKP) abgebildet.

Weiteres Vorgehen

Nach Kenntnisnahme des Stadtentwicklungsausschusses und der Beschlussfassung durch die Bezirksversammlung wird das Dokument am 26. September 2018 im Leitungsausschuss für die Programmsteuerung (LAP) zum Beschluss vorgelegt. Der Beschluss des LAP stellt die verbindliche Grundlage für die Mittelbereitstellung der gebietspezifischen Förderung bis Ende 2024 dar.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

7.3	Runder Tisch für die Jarrestadt Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-6000	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 18.06.2018 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

- „1. Der Runde Tisch organisiert sich selbst und greift nicht auf bezirkliche Ressourcen zurück.
2. Zum Runden Tisch, der nicht vom Bezirksamt organisiert wird, sollen neben den interessierten Bürgern vor Ort u.a. auch der Verein „Jarrestadt Leben e.V.“, die Initiative „Mehr Parkraum in der Jarrestadt“, die Kita Knickweg und die Elterninitiative der Reformschule Winterhude sowie die fachlich zuständigen Vertreter des Bezirksamts, des LBV, der Polizei und der Politik eingeladen werden. Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude begleitet den Runden Tisch.
3. Nach dem Runden Tisch sollen die verschiedenen Lösungsansätze gebündelt als Stellungnahme veröffentlicht und dem Regionalausschuss Eppendorf/Winterhude vorgelegt werden.
4. Die Drucksache 20-5858 wird für erledigt erklärt.“

Begründung:

In der Jarrestadt kommt es seit dem Umbau des Wiesendamms vermehrt zu Parkplatzsuchverkehr, da die Anzahl der Parkplätze deutlich reduziert wurde. Viele Anwohner, die abends spät von der Arbeit nach Hause kommen und auf das Auto angewiesen sind, finden vor Ort keine Parkplätze mehr. Zusammen mit „Jarrestadt Leben e.V.“ setzt sich die Initiative „Mehr Parkraum in der Jarrestadt“ seit langer Zeit dafür ein, dass die Straßen vor Ort überprüft werden, um neuen Parkraum zu schaffen und damit das beschriebene Problem zu lindern. Diese Überprüfung kommt bisher nur langsam voran. Neben den Parkplätzen sind aber auch die Fußwege und die Radwege in einem schlechten Zustand und benötigen dringend eine Sanierung. Daher sollte ein Runder Tisch vor Ort stattfinden, bei welchem Bürger vor Ort mit den Verantwortlichen aus Politik und den Behörden gemeinsam verschiedene Lösungsansätze

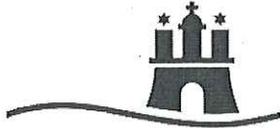
erarbeiten können, die anschließend umgesetzt werden sollen. Da es auch Diskussionen um ein mögliches Anwohnerparken in der Jarrestadt gibt, sollte auch ein Vertreter des Landesbetriebes Verkehr (LBV) eingeladen werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

7.4	Projektmittel der Stadtteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-6007	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 28.08.2018 mit Projektmitteleinträgen befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-5963

Antragsteller/in: LUKULULÉ e.V.

Projekt: Ich.Du.Wir. Supahelden - Der Auftritt

Höhe der beschlossenen Förderung: 3.000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-5962

Antragsteller/in:

Projekt: Fachaustausch am 07.09.2018 im Kulturhaus Eppendorf

Höhe der beschlossenen Förderung: 1.000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

7.5	Haushaltsvoranschlag Doppelhaushalt 2019/2020 hier: Feinspezifikation der Rahmenzuweisung "Förderung soziokultureller Stadtteilzentren, Stadtteilkulturprojekte und Geschichtswerkstätten" - Erhöhung 2019 Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-6009	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 28.08.2018 mit dem o.g. Thema befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„In 2019 wird die Rahmenzuweisung um 1,5 % - insgesamt 16.000,00 Euro erhöht.
Die Verteilung erfolgt wie folgt:

80 % der Summe an die Kulturzentren

20 % der Summe an die Geschichtswerkstätten.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.09.2018

Öffentlich

7.6	Haushaltsvoranschlag Doppelhaushalt 2019/2020 hier: Feinspezifikation der Rahmenzuweisung "Förderung soziokultureller Stadtteilzentren, Stadtteilkulturprojekte und Geschichtswerkstätten" Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-6008	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 28.08.2018 mit dem o.g. Thema befasst und der Feinspezifikation mit Ausnahme des Punktes 8 einstimmig zugestimmt.

Dem Punkt 8 „Willi-Bredel-Gesellschaft“ wird bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

PSP- Element	Zweckbestimmung	Ansatz 2019
3-21902010-100008.03	Institutionelle Förderung soziokulturelle Stadtteilzentren	1.150.500 €
3-21902010-100008.02	Zuschüsse an Geschichtswerkstätten	151.374 €
3-21902010-100008.04	Stadtteilkulturprojekte	60.000 €
	Gesamt	1.361.874 €

Im Rahmen der Feinspezifikation im Haushaltsjahr 2019 ist es beabsichtigt, die Haushaltsmittel wie folgt auf die Stadtteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten aufzuteilen (über die Erhöhung ab 2019 wird gesondert entschieden):

	Zentren	Betrag ohne Erhöhung
1	Goldbekhaus	459.628,00 €
2	Bürgerhaus in Barmbek	193.694,00 €
3	Zinnschmelze	171.747,00 €
4	Kulturhaus Eppendorf	154.410,00 €
5	ella -Kulturhaus Langenhorn	91.878,00 €
6	kulturpunkt im Barmbek°Basch	79.238,00 €
	<i>insgesamt</i>	<i>1.150.595,00 €</i>

	Geschichtswerkstätten	Betrag ohne Erhöhung
6	Geschichtswerkstatt Barmbek	74.920,00 €
7	Stadtteilarchiv Eppendorf	35.910,00 €
8	Willi-Bredel-Gesellschaft	25.280,00 €
9	Geschichtsguppe Dulsberg e.V.	10.807,00 €
10	Jarrestadt-Archiv	5.097,00 €
	<i>insgesamt</i>	<i>152.014,00 €</i>

Die Zentren und Geschichtswerkstätten haben Wirtschaftspläne vorgelegt, die auf Stichhaltigkeit geprüft wurden.

Bei den Geschichtswerkstätten werden auch in 2019 nur die festen Ausgaben (Miete, Betriebskosten, Personalkosten und alternativ Honorare) zugewendet. Mit diesem Ansatz soll die erfolgreiche Arbeit der Geschichtswerkstätten weiter gefestigt werden.

Die insgesamt fehlenden 735,00 € werden aus Restmitteln bestritten.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Die Feinspezifikation wird mit Ausnahme des Punktes 8. einstimmig beschlossen.

Nr. 8.:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
 Gegenstimmen : CDU
 Stimmenthaltungen :